

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 34 34. Jahrg.

19. August 1921

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR U. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementspreis: 5 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3879.) Für die Länder des Weltpostvereins 10 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N24, Elsaßstr. 86-88, 111. Redaktionsschluß Montag. Telefon: Amt Norden 9268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N24. : Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideitz-Lipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Normaleilze oder deren Raum 1.—Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 50 Pfg. p. Zeile Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten*

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Der Wille zur Arbeit. Die neuen Preissteigerungen. Kampfberbereitschaft des Unternehmertums. — **Gewerkschaftliche Rundschau:** Rundschau vom 15. August 1921. — **Allgemeines:** Auch: Für Recht und Freiheit. Mehr Lohn! Ortsbericht Bremen. — **Der Betriebsrat:** Wirtschaftliche Schulungsarbeit. Etwas über Betriebsräte. — **Die photomech. Fächer:** Xylographen! Wie lange noch? Ortsbericht Offenbach, Chemigraphen. — **Photogr. Mitarbeiter:** Die Tagung des Zentralverbandes in Frankfurt a. M. — **Feuilleton:** Goethe und die bildende Kunst. I. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Gesperrte Länder.

Das Sekretariat des internationalen Bundes der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe teilt folgendes mit:

Vereinigte Staaten Amerikas. Wie der Sekretär der nordamerikanischen Förderung mitteilt, ist die Arbeitslosigkeit außerordentlich groß und eine Besserung dieser Lage scheint nicht bevorzustehen. Es wird deshalb vor Annahme von Stellung gewarnt.

Griechenland. Arbeitsangebote griechischer Unternehmer sind mit größter Vorsicht zu behandeln. Erst jetzt wieder sind vier deutsche Kollegen, die einen einjährigen Kontrakt abgeschlossen hatten, ohne jede Entschädigung sofort entlassen worden. Eine Stellung nach Griechenland ist nur anzunehmen, wenn der Sekretär der griechischen Kollegen, Odos Romwis, 20, in Athen seine Zustimmung gegeben hat.

Rumänien. Die Organisation der graphischen Arbeiter warnt die Kollegen wegen Anwachsen der Arbeitslosigkeit vor Annahme einer Stellung in Rumänien.

Belgien. Die Unternehmer in der Chemigraphie haben beschlossen, in Beschäftigung befindliche Kollegen nicht einzustellen, um ein Steigen der Löhne zu verhindern. Solange diese Maßnahme nicht aufgehoben ist, darf kein deutscher Chemigraph in Belgien Stellung annehmen.

Rechtsverbindlichkeit des Tarifvertrages für das Lithographie- und Steindruckergewerbe.

Der Reichsarbeitsminister hat folgendes verfügt:

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1456) für allgemein verbindlich erklärt.

1. Vertragsparteien:

- a) auf Arbeitgeberseite: Verband Deutscher Steindruckereibesitzer, Berlin,
- b) auf Arbeitnehmerseite: Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe (Deutscher Senefelder-Bund).

2. Abgeschlossen am 10. Mai 1921 III. Nachtrag zum allgemein verbindlichen, vom 1. Juni 1920 an gültigen Reichstarifvertrage.

3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gehilfen im Lithographie- und Steindruckergewerbe.

4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Deutsches Reich.

5. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. Juni 1921 und wird im gleichen Umfang wie die allgemeine Verbindlichkeit des vom 1. Juni 1920 an gültigen Reichstarifvertrages ausgesprochen.

Der Verbandsvorstand.

Der Wille zur Arbeit.

Als die Revolution mit all ihren Begleiterscheinungen durch die Gassen Deutschlands jagte und die Wirtschaft im Strudel der wilden

Die neuen Preissteigerungen.

Eine neue große Teuerungswelle ergießt sich über das deutsche Volk. In der enormen Erhöhung des Brotpreises findet sie im Augenblick ihren sichtbarsten Ausdruck. Jedoch nicht minder fühlbar sind die verschiedenen sonstigen Preissteigerungen, die in den letzten Wochen bereits eingetreten sind, und mit drückender Sorge sehen die unbemittelten Bevölkerungskreise der gewaltigen Lastenvermehrung entgegen, die in den nächsten Wochen und Monaten unabwendbar kommen wird.

Die Gewerkschaften haben im letzten Winter sich ernsthaft bemüht, auf einen Preisabbau hinzuwirken. Leider vergebens. Der ADGB. hat auch rechtzeitig und wiederholt seinen Einfluß geltend gemacht, um die Brotpreissteigerung zu verhindern. Das ist ihm gleichfalls nicht gelungen.

Die Gewerkschaften trifft somit keine Verantwortung dafür, daß die Arbeiter nunmehr gezwungen sind, auf der ganzen Linie neuerdings beträchtliche Lohnforderungen zu stellen und diese Forderungen mit den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes auch durchzuführen.

Die Gewerkschaftsvertreter haben schon am 1. April die Vertreter der Arbeitgeber in der Zentralarbeitsgemeinschaft ersucht, gemeinsame Schritte gegen die bevorstehende Brotpreiserhöhung zu unternehmen. Die Arbeitgeber konnten sich hierzu nicht entschließen, sondern gaben folgende Erklärung ab, daß

im Falle einer Erhöhung des Brotpreises eine entsprechende Regelung der Löhne folgen müsse, wenn nicht durch eine inzwischen eingetretene Preissenkung anderer Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs ein Ausgleich geschaffen sei.

Diese hier erhoffte Preissenkung ist ausgeblieben, es ist im Gegenteil eine große Preissteigerung teils schon erfolgt, teils unmittelbar bevorstehend.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß die nun leider nötig gewordenen Lohnerhöhungen auf neue Preissteigerungen wirken müssen. Schon früher haben sie nachdrücklich betont, daß sie nur mit Widerstreben diesen ungesunden Kreislauf mitmachen. Ihre Bemühungen, die weitere Entwicklung der Dinge so zubeinflussen, daß wir endlich aus dem Zirkel herauskommen, sollen mit verstärkter Kraft fortgesetzt werden.

Solange jedoch, bis dies gelungen ist, bleibt der Arbeiterschaft kein anderer Weg als der, durch ausreichende Lohnerhöhungen sich einen Ausgleich für die fortschreitende Teuerung zu schaffen. Der Arbeiter muß leben können, wenn er arbeiten soll. Deshalb hat jeder, der sein Interesse an der Erhaltung und Vermehrung der deutschen Arbeitskraft bekunden will, die Pflicht, die Arbeiterschaft und ihre Organisationen bei der Erringung auskömmlicher Löhne tatkräftig zu unterstützen.

Unsere Mitglieder und alle Arbeiter und Arbeiterinnen rufen wir hiermit auf, einig und geschlossen in den Gewerkschaften zusammenzustehen. Größer und schwieriger als jemals sind die uns bevorstehenden Aufgaben. Die Gewerkschaftsleitungen schrecken vor ihnen nicht zurück, sie werden tun, was ihre Pflicht ist. Aber nur in Einigkeit und mit vertrauensvoller Unterstützung können die Gewerkschaften diese Aufgaben erfolgreich für die Arbeiterschaft erfüllen.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Th. Leipart.

bewegten Zeit zu ersäufen drohte, konnte man an allen Ecken und Enden in großen und feinen Lettern die Mahnung an das deutsche Volk lesen: Nur Arbeit kann uns retten! Mit dieser Mahnung brachte man offen zum Ausdruck,

was Wissenden durchaus kein Geheimnis war, daß nur die Arbeit, die produktive Arbeit die einzige Wertquelle ist, die gestattet, alle Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen. Die bisher von allen etwas Seinwollenden so verachtete und geschändete, getretene und hundertfältig beschimpfte Arbeit kam auf einmal durch das grauenhafte Ungeheuer Not zur richtigen Würdigung und erhielt — leider nur theoretisch — die Stellung angewiesener, die ihr in der menschlichen Gesellschaft zukommt. In Praxis führten die Schlemmer und Nichtstuer, die Schieber und Parasiten am Leibe der Arbeit ihr sorgenloses, arbeitsdeuendes mit allen Komfort umgebenes Leben weiter und sorgten durch das Bekanntwerden der von ihnen gefeierten Orgien dafür, daß in weite Schichten der Gesellschaft die Erkenntnis getragen wurde, daß man unter Umständen auch ohne Arbeit sehr gut zu leben vermag.

Dieses Leben ohne Arbeit mit seiner sinnlosen Verschwendung und seiner bis zum Exzeß gesteigerten Genußsucht wird auch jetzt noch von dieser angeblichen »Elite der Gesellschaft« weiter geführt, obwohl riesengroße Massen tagtäglich buchstäblich verhungern. Während auf der einen Seite der Genußsucht bis zur Entmenschung geföhrt wird, durchschauern Notrufe der Armen der Armen nach Mitteln, das nackte Leben fristen zu können, die Hallen der menschlichen Gesellschaft. Vernunft ist Unsinn und Wohltat Plage geworden! Der Erwerbstrieb, der in seinen Anfängen ein mächtiger Hebel der Kultur war, schlug in seiner Entwicklung zum Tanz um das goldene Kalb um und verseuchte alles Streben. Die Frage der Menschenbehandlung, die Bewertung der Arbeitskraft des Menschen kam unter die Räder, dieweil das Kapital als höchstes Ziel der Produktion den Profit bis zur Sinnlosigkeit steigerte.

Die an sich schon große Not der Besitzlosen soll nun durch neue Lasten zum Zwecke der Erfüllung der Forderungen der Entente noch weiter vergrößert werden. Noch ist nicht abzusehen, in welcher Weise sich diese Lasten auswirken werden. Doch was jetzt schon zu spüren ist, reicht vollständig aus, die unter dem Existenzminimum lebenden breiten Massen noch tiefer ins Elend hinabzustoßen. Der Preis des Brotes ist wieder ganz gewaltig gestiegen und die Tatsache, daß trotz des gestiegenen Preises noch immer Reichsmittel zur Verbilligung des Brotes bereitgestellt worden sind, läßt erkennen, daß der Brotpreis in aller Kürze noch weiter steigen wird. Die Kartoffeln, das wichtigste Nahrungsmittel der arbeitenden Bevölkerung, sind auf das 30fache des Friedenspreises gestiegen und werden sich auch auf dieser Höhe für die Dauer halten. Und was man sonst auch noch zu betrachten beliebt, immer stellt sich ein ganz ungeheures Anziehen der Preise heraus.

Durch einige unanfechtbare Beispiele mag diese Feststellung noch erhärtet werden. Nach einer Aufstellung der Reichseisenbahnverwaltung wird z. B. für 1921 mit folgenden Preisen für die Betriebs-, Oberbau-, Bau- und Werkstoffe gerechnet:

1 Tonne Kohlen 263 Mk. statt 12,52 Mk. im Jahre 1913 2000 Prozent Steigerung;

1 Tonne Schienen 2550 Mk. statt 121 Mk. 1913 = 2007 Prozent Steigerung;
1 Tonne Kleineisen 4100 Mk. gegen 178 Mk. 1913 = 2204 Prozent Steigerung;
1 hölzerne Bahnschwelle 87 Mk. gegen 5,20 Mk. 1913 = 1573 Prozent Steigerung;
1 Kubikmeter Eichenholz 1800 Mk. gegen 98 Mk. 1913 = 1747 Prozent Steigerung.
Die Preissteigerungen der hauptsächlichsten Rohstoffe sind richtunggebend für die gesamte Preisbewegung.

Nach der von Ernst Kahn herausgegebenen Schrift: »Die Indexzahlen der Frankfurter Zeitung« ergibt sich folgendes Bild der Preisentwicklung für 77 verschiedene Warenarten im Großhandel, die in vier verschiedene Hauptgruppen zusammengefaßt sind:

Index für	Mitte 1914	Anfang 1920	Anfang Mai 1921
Lebens- und Genußmittel	11,38	100	134
Textilien, Leder usw.	3,67	100	79
Mineralien	7,15	100	112
Verschiedenes	12,0	100	196
Gesamtindex für 77 Waren	9,23	100	131,8

Greifen wir die Preisentwicklung einzelner für die Lebenshaltung wichtiger Waren heraus, so tritt der Steigerungsgrad noch weit schärfer hervor. Z. B. betrug der Preis für 1 Kilogramm Rohbaumwolle 0,67 Mk., am 1. Februar 1920 75 Mk., am 7. Mai 1921 20,50 Mk.; Steigerung Anfang Mai 1921 gegenüber Mitte 1914 um mehr als das 30fache; für 1 Kilogramm süddeutscher gewaschener Schäferwolle wurden Mitte 1914 1,72 Mk. gezahlt, am 1. Dezember 1920 110 Mk., am 7. Mai 1921 70 Mk.; Steigerung Anfang Mai gegenüber Mitte 1914 um mehr als das 40fache. Die Preise für Roheisen stiegen seit der Vorkriegszeit um das 20fache, für Zeitungsdrukpapier um mehr als das 15fache, für Backsteine um das 16fache, für Zement um mehr als das 10fache.

Vergleicht man mit diesen Preissteigerungen die Steigerung der Löhne, dann kommt man zu geradezu schauerhaften Feststellungen. Jedem Arbeiter wird direkt mit dem Dampfhammer beigebracht, daß die Mahnung, die auch einmal von unsern Unternehmern an die Kollegen gerichtet wurde, nämlich, daß auch die Arbeiterschaft den Krieg mit verloren habe, sich dahin ausgewirkt hat, daß nur die Arbeiter den Krieg verloren haben und nur die Arbeiter die Kosten tragen. Der große Vorsprung, den die Preise sich im Wettlauf mit den Löhnen gesichert haben, droht ins riesenhafte zu wachsen und das an sich schon große Elend der Arbeiterschaft droht noch größer zu werden. Dem muß unbedingt unter allen Umständen gesteuert werden! Sehr richtig verlangt der ADGB. trotz aller vorhandenen Bedenken, daß durch ausreichende Lohnerhöhungen ein Ausgleich für die fortschreitende Teuerung geschaffen werden muß, soll der Arbeiter arbeiten können. Der Arbeiter muß leben, wenn er arbeiten soll.

Und darauf kommt es an! Der Arbeiter muß leben. Nicht vegetieren! Nicht leben, um langsam auf grauenhafte Weise zu verhungern oder seelisch abzusterben. Nein, der Arbeiter muß leben. Erst wenn der Arbeiter alles Notwendige zum Leben besitzt, wird eine Steigerung der Leistungsfähigkeit möglich sein. Eine lediglich auf die Kosten der Lebenshaltung eingestellte Lohnpolitik wie sie die Unternehmer getrieben wissen wollen, aber macht jede Steigerung der Leistungsfähigkeit von selbst illusorisch. Denn mehr arbeiten, setzt in erster Linie auch die physische Möglichkeit dazu voraus. Ist die deutsche Volkswirtschaft in Zukunft nicht in der Lage höhere Aufwendungen für die Entlohnung zu machen, dann muß sie auf eine Steigerung der Arbeitsleistungen verzichten. Denn die Arbeiter wollen nicht nur vegetieren, sondern sie wollen auch ihre Kulturbedürfnisse befriedigen. Arbeiten soll und darf kein geistiges Sterben sein. Aber jede geistige Regung wird im Arbeiter erstickt, wenn er durch eine Entlohnung, die ihm nur gestattet, knapp zu existieren, darauf hingedrängt wird, alle Geisteskräfte der Selbsterhaltung zu widmen. Der Wille zur Arbeit,

der Wille zu arbeiten, muß absterben, wenn durch unsäglich Not der Fatalismus den Arbeiter ergreift.

Daß die breite Masse der Arbeiter zu arbeiten gewillt ist, ist schon durch hunderte Beispiele bewiesen worden. Den Willen der Arbeiterschaft zur Arbeit braucht man nicht erst durch Experimente zu beweisen. Wer diesen Willen bisher noch nicht gesehen hat, der soll sich einmal die Forderungen der Arbeitslosen ansehen. Nicht Unterstützung wird von diesen ohne eigene Schuld aus dem Produktionsprozeß ausgeschalteten verlangt, sondern Arbeit, die ihnen ermöglicht, sich und die Seinen über die Nöte des Lebens hinwegzubringen. Aber auch die in Arbeit Stehenden beherrscht der Wille zur Arbeit. Aber sie fordern Arbeit, die ihnen nicht nur die nackte Existenz gewährt, sondern die ihnen über die Existenz hinaus auch eine innere Befriedigung gewährt. Der Arbeiter wehrt sich mit Recht gegen die immer stärker werdenden Bestrebungen, ihn ganz zur Maschine zu machen. Er will trotz alles Willens zur Arbeit auch weiter Mensch bleiben und an den kulturellen Errungenschaften teilhaben. *Erst wenn er neben seinen physischen Bedürfnissen auch seine geistigen Bedürfnisse und die aus den seelischen Regungen geborenen Ansprüche befriedigen kann, werden auch die inneren Beziehungen zu der von ihm geleisteten Arbeit hergestellt, die dann neben der Freude an gelungener Arbeit zugleich der Hebel zur Leistungssteigerung ist.*

In keinem Gewerbe ist die Befriedigung am geschaffenen und gelungenen Werke noch heute so lebendig, wie im Kunstgewerbe. An zahlreichen Beispielen ließe sich das ganz konkret nachweisen. Das ist auch unsern Unternehmern durchaus kein Buch mit sieben Siegeln. Aber unsere Unternehmer wissen auch aus Erfahrung, daß, sobald die Alltagsorgen den einzelnen Arbeiter restlos gefangen nehmen, sein Interesse an der Arbeit nicht nur schwindet, sondern der Wille zur Arbeit überhaupt flöten geht. *Wo eben Nahrungssorgen den Arbeiter in seiner ganzen Schwere bedrücken, ist kein Raum mehr für andere Dinge! Lediglich nur um diesen Wirkungen zu begegnen, lediglich nur um zu verhindern, daß die wieder nahe an die Friedensleistungen herangekommenen Leistungen der Jetztzeit, trotz der noch immerhin schlechten Materialien, angesichts der Teuerung wieder fallen, ist man dazu geschritten, einzelnen, für den Betrieb besonders geeigneten Arbeitern Lohnzulagen in ziemlicher Höhe in allerdings verschleierte Formen zu geben, die natürlich, wenn sie der Belegschaft bekannt werden, zu Differenzen führen. Mit diesem ungesunden, das Gewerbe und seine Arbeiter direkt zerrüttenden System muß sofort und gründlich aufgeräumt werden! Die Löhne müssen, entsprechend den Ansichten aller Einsichtigen, für alle um soviel erhöht werden, daß nicht nur das nackte Leben gefristet werden kann. Unsere Gewerbe sind auch dazu in der Lage. Von einigen ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, sind alle Betriebe sehr gut beschäftigt. Man spricht mit Recht von einer seit Beendigung des Krieges noch nicht dagewesenen guten Konjunktur. Dabei fällt natürlich auch etwas ab, denn die Preise sind durchaus nicht zu niedrig. Da schon vor längerer Zeit selbst von Unternehmern zugegeben wurde, daß sich unsere Betriebe von den Kriegswirkungen gut erholt haben, muß nun auch den Schaffern der Werte, den Kollegen, das zugestanden werden, was sie brauchen, und was zu fordern sie berechtigt sind.*

In diesem Zusammenhange soll auch nicht unbeachtet bleiben, daß erneut wieder Kräfte am Werke sind, den vorkriegszeitlichen Zustand der Zuschiebung aller gewerblichen Vorteile an die Verleger wieder herbeizuführen; natürlich auf Kosten der Gehilfen. Sollten die Unternehmer diesem Treiben untätig zusehen, so können das die Gehilfen nicht ändern. Die Gehilfen werden sich jedoch mit aller ihr zur Verfügung stehenden Kraft gegen alle Preis-

unterbietungen auf ihre Kosten stemmen. Daß die Gehilfenschaft ein Interesse am Gewerbe hat, hat sie in letzter Zeit zur Genüge bewiesen, und daß der Wille zur Arbeit bei ihr vorhanden ist, steht zweifelsfrei fest. Wir wissen: Nur Arbeit kann uns retten, und wir wissen auch, daß nur Freude an der Arbeit innere Befriedigung bringt, die den Willen zur Arbeit in Steigerung der Leistungsfähigkeit ummünzt. Wir wissen aber auch, daß die Sorge um das nackte Sein alle diese guten Eigenschaften im handumdrehen tötet. Deshalb fordern wir Erhöhung der Löhne unserer Kollegen bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit des Gewerbes. Wird diese Forderung erfüllt, dann werden die Leistungen entsprechend der Möglichkeiten auch weiterhin steigen und den Willen unser Kollegen zur Arbeit auch ohne Experimente so grell in die Erscheinung drängen, daß niemand achtlos daran vorübergehen kann. Gesteigerter Wille zur Arbeit ist unverrückbar mit der Sicherung der Existenz verknüpft. Alles andere sind unnütze Experimente. Wir hoffen, daß die Unternehmer bei allen Lohnverhandlungen sich dieser Einsicht nicht verschließen und auch die Steindruckereibesitzer am 3. September bei den Verhandlungen dessen eingedenk sind.

Kampfbereitschaft des Unternehmertums.

Der Aufruf des ADGB., den wir den Kollegen auf der ersten Seite dieser Nummer der »Graph. Presse« zur Kenntnis geben, hebt mit Recht hervor, daß, solange wir nicht aus dem ungesunden Kreislauf der Preissteigerungen heraus sind, der Arbeiterschaft kein anderer Weg übrig bleibt als der, durch ausreichende Lohnerhöhungen sich einen Ausgleich für die fortschreitende Teuerung zu schaffen. Um eine Basis für eine einheitliche Aktion aller Lohn- und Gehaltsempfänger zu diesem Zwecke zu schaffen, wurde eine Konferenz der Spitzenorganisationen der deutschen Reichsänder- und Gemeindebeamten, sowie der großen gewerkschaftlichen Organisationen einberufen. In dieser Konferenz brachten der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsrat die Forderungen zum Vortrag, die sie als unerlässlich ansehen. *Danach verlangen sie für die Arbeiter eine Zulage von 1,50 Mk. pro Stunde oder eine Erhöhung des Gesamtlohnes um 3600 Mk. pro Jahr. Für die Beamten sollte nach dem Vorschlag der genannten Organisationen ebenfalls eine Teuerungszulage von 3600 Mk. gleichmäßig für alle Kategorien erhoben werden, wobei dieser Betrag auch als »pensionsfähig« betrachtet werden soll. Da der Beamtentum eine Mindestforderung in Höhe von 4200 Mk. im Jahre stellen zu müssen glaubte, konnte eine Einigung nicht erzielt werden und die beiden Teile werden selbständig und gesondert ihre Forderungen vertreten.*

Diese Aktionen der Hand- und Kopfarbeiter haben auch das Unternehmertum auf den Plan gerufen. Der Große Ausschuss der Vereinigung der deutschen Arbeitgeber Verbände trat am 10. Aug. in Berlin zusammen, um zu den Forderungen der Arbeiter auf Lohn- und Gehaltserhöhung Stellung zu nehmen. Wie nicht anders zu erwarten war, erfuhren die ganz selbstverständlichen Forderungen der Arbeiter, die auch von der Regierung ausdrücklich als notwendig anerkannt wurden, vom Großen Ausschuss der Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-Verbände die schärfste Zurückweisung. In einer durch die T. U. verbreiteten Erwidern der Unternehmer auf die Forderungen der Arbeiter heißt es:

»Auf Grund eingehender Verhandlungen im Großen Ausschuss der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände am 10. d. M. hat der Tarifausschuss der Vereinigung sich mit dieser Erklärung und den Forderungen der Arbeitnehmer auf Lohn- und Gehaltserhöhung beschäftigt und die mit unverantwortlicher Übertreibung der Dinge in der Öffentlichkeit geführte Agitation sowie die darin zu Ausdruck gebrachten Forderungen als durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt erklärt.

Es ist nicht richtig, daß die bevorstehende Brotpreiserhöhung eine solche Verteuerung der Lebenshaltung bringt, daß bestehende Lohnvereinbarungen gebrochen werden müßten, zumal die Arbeitgeber ihrerseits darauf verzichtet haben, in Zeiten sinkender Lebenshaltungskosten eine Herabsetzung der Löhne zu verlangen und die bestehenden Lohnsätze zum erheblichen Teil unter Berücksichtigung noch höherer Lebenshaltungskosten (Januar 1921) vereinbart sind.

Es ist auch nicht richtig, daß das Anziehen der sonstigen Kosten der Lebenshaltung ein solches Ausmaß angenommen hat, daß sich die sofortige Kündigung der Tarife und die neuen Forderungen auf Lohn- und Gehaltserhöhung damit rechtfertigen lassen.

Eine lediglich auf die Kosten der Lebenshaltung abgestellte Lohnpolitik kann die deutsche Volkswirtschaft nach Annahme des Ultimatums nicht mehr verantworten. Wenn bei Erneuerung von Tarifverträgen die Verhältnisse eine Revision der Lohnsätze rechtfertigen sollen, muß vor allem auch die ernste Lage unserer Wirtschaft, wie sie sich unter dem Druck des Ultimatums gestaltet hat und noch weiter gestalten wird, berücksichtigt werden. Dabei bedarf es der in den weiten Kreisen der Öffentlichkeit und nicht zuletzt der Arbeiterschaft noch fehlenden Einsicht, daß durch das Ultimatum der Entente auf der deutschen Wirtschaft lastende Druck auch die vor dem Kriege möglich gewesene allgemeine Lebenshaltung des deutschen Volkes herabdrückt und daß ohne eine Steigerung der Arbeitsleistung eine Hebung der heutigen Lebenshaltung für den einzelnen und für die Gesamtheit nicht zu erwarten ist.

Die deutsche Volkswirtschaft wird deshalb in Zukunft höhere Aufwendungen für die Entlohnung nur dann machen können, wenn gleichzeitig eine Steigerung der Arbeitsleistung erfolgt und zu diesem Zwecke auch die Tarif- und Lohnpolitik von allen produktionshemmenden Bestimmungen freigelegt wird.

Diese Erwiderung ist die offene, glatte Kampf- ansage an die Arbeiterschaft! Das Unternehmertum fühlt sich stark genug, den Kampf aufzu nehmen. Die in den letzten Tagen allenthalben in Szene gesetzten Aussperren sind der Ausfluß des in dieser Erwiderung niedergelegten Geistes. Das Unternehmertum glaubt die Zeit für gekommen, die Arbeiterschaft auf längere Zeit nieder- schlagen zu können. Das muß der Arbeiterschaft Anlaß sein, jede einzuleitende Aktion vorher auf das eingehendste zu prüfen und Unbesonnenheiten zu vermeiden. Jetzt heißt es in erster Linie, alle Kräfte zu gewaltigem Stoße zusammenzufassen! Einzelaktionen, selbst wenn sie die besten Aus- sichten auf einen Erfolg eröffnen, müssen im In- teresse der Gesamtheit unterbleiben. Wir betonen nochmals, daß es jetzt gilt die Kräfte zusammenzu- fassen und trotz mancher, manchmal als nicht richtig erscheinender Maßnahmen der Zentralen einig und geschlossen in den Gewerkschaften zusammenzu- stehen. Wie die Auslassung der Unternehmer zeigt, wollen sie den Kampf. Die Gewerkschaften werden diesem Kampf nicht ausweichen, aber nur in Einigkeit und mit vertrauensvoller Unterstützung aller Arbeiter können sie diesen Kampf erfolgreich für die Arbeiterschaft führen.

Gewerkschaftl. Rundschau.

Berlin, den 15. August 1921.

Weitere Verhandlungen im Buchdruckgewerbe. — Die Gau- vorsteherkonferenz zum Verhandlungsergebnis. — Der neue Abschluß. — »Korrespondenz« und »Solidarität« zum Abschluß. — Beratung des Reichsakkordlohnvertrages im Buchbindergewerbe. — Tätigkeitsbericht des ADGB für 1920. — Fort mit dem Trinkgeld — Reihamanufakturvertrag für das Holzgewerbe. — Kongresse und Generalversammlungen.

Wie schon in der »Rundschau« vom 18. Juli in Nr. 30 der »Graphischen Presse« mitgeteilt wurde, lehnten die Buchdruckereibesitzer durch Abstimmungen in den Kreisen, die eine sehr fragwürdige Mehrheit ergaben, den Schiedsspruch des Schieds- gerichtes beim Reichsarbeitsministerium ab, gaben aber zu erkennen, daß ihnen weitere Verhandlungen durchaus erwünscht seien. Dieser Wink mit dem Zaunpfähle, der ebenfalls schon in unserer Über- sicht vom 18. Juli in Erwähnung kam, war für das Reichsarbeitsministerium Veranlassung, die Organi- sationsleitungen aufzufordern, für den 18. Juli erneut Vertreter nach Leipzig zu weiteren Beratungen zu entsenden. Es kam auch am 18. Juli unter dem Vorsitz des Regierungsrates Professor Brahn vom Reichsarbeitsministerium, der schon einige Male die Verhandlungen im Schlichtungsverfahren der Buchdrucker geleitet hat, erneut zu sechs- stündigen Verhandlungen, in deren Verlauf folgender Einigungsvorschlag, allerdings ohne jede Verbind- lichkeit, formuliert wurde:

»Der am 27. Juni im Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedsspruch wird mit folgenden Abände- rungen angenommen:

1. Das unter dem 3. November 1920 abge- schlossene Lohnabkommen mit seiner Erneuerung gilt nunmehr mit Einschluß der Wirtschaftshilfe bis zum 31. Oktober 1921.

2. Die Ledigen der Klasse B erhalten außer der bisherigen Wirtschaftshilfe eine monatliche Zulage und zwar in den
Orten bis einschließlich 7 1/2 Proz. Lokalzuschl. 12 Mk.
" " " " 17 1/2 " " " 14 " "
" " " " " " " " 17 " "

3. Zu Protokoll wird erklärt:
Die Vertragsschließenden sind sich darüber einig, daß die in Aussicht stehende Erhöhung der Brot- preise, die für rationiertes Brot eine Erhöhung etwa bis zu 7,50 Mk. und für den freien Laib Brot (1900 g) etwa 12—13 Mk. betragen soll, keinen Anlaß für neue Forderungen der Gehilfenschaft innerhalb der Vertragsdauer bietet.

Dagegen steht es der Gehilfenschaft frei, im Laufe des Oktobers neue Forderungen für diesen Monat zu stellen, sobald die amtliche Indexziffer des Statistischen Reichsamts eine Erhöhung der Teuerungszahl um mindestens 15 Prozent gegen- über den Junizahlen zeigt.

Dieser Einigungsvorschlag, der entsprechend seiner Nichtverbindlichkeit den Parteien zur weiteren Beratung vorgelegt werden mußte, beschäftigte eine am 21. und 22. Juli in Berlin tagende Gauvorsteher- konferenz der Gehilfen, die nach eingehender Be- ratung einstimmig nachfolgende Entscheidung faßte:

»Die Gauvorsteherkonferenz nimmt Kenntnis von dem Ergebnisse der Verhandlungen zwischen den Organisationsleitungen am 18. Juli in Leipzig über den Schiedsspruch vom 27. Juni und stellt mit Bedauern fest, daß durch den Einigungsvor- schlag die Grundlagen des Schiedsspruchs zum Teil zuungunsten der Gehilfen verschoben worden sind. Denn der Vorschlag besagt im Absatz 3, daß die kommende Verteuerung des Lebensunterhalts bis zu der festgesetzten Grenze durch den Schieds- spruch und den Einigungsvorschlag abgegolten sein soll. Selbst die Prinzipalvertretung hat es im Tarifausschusse mit Schärfe zurückgewiesen, für zukünftige Verteuerungen Lohnerhöhungen im voraus bewilligen zu können. Aber auch der Schiedsspruch gibt keinerlei Anhalt für die Annahme, daß die Erhöhung der Wirtschaftshilfe die kommende Brotteuerung einschließt. Es muß der Gehilfenschaft vorbehalten bleiben, für die in Aus- sicht stehende Verteuerung einen entsprechenden Lohnausgleich zu gegebener Zeit zu verlangen. Die Gauvorsteherkonferenz erklärt sich daher außerstande, den Einigungsvorschlag in der vor- liegenden Form anzunehmen.

Der Ablehnung des Einigungsvorschlages durch die Gau- vorsteherkonferenz war zugleich der Wunsch an den Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins angeschlossen, am 25. Juli nochmals Verhandlungen über die bedenkliche Situation im Buchdruckgewerbe zu pflegen. Es kam erneut zu Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium, die wiederholt zu Scheitern drohten, in vorgerückter Abendstunde aber doch ein Ergebnis zelihten, das in folgender Formulierung von beiden Teilen angenommen wurde:

»Der am 27. Juni 1921 im Reichsarbeitsmini- sterium gefällte Schiedsspruch wird mit folgenden Abänderungen angenommen:

1. Die ledigen Gehilfen der Klasse B, alle Gehilfen der Klasse A, alle vom Schiedsspruche nicht erfaßten Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen erhalten eine monatliche Zulage:
in den Orten bis mit 7 1/2 Proz. Lokalzuschlag 15 Mk.
" " " " " " " " 17 1/2 " " " " 18 " "
" " " " " " " " 20 " "

Neuausgelernte Gehilfen, jugendliches Hilfs- personal und Lehrlinge erhalten eine monatliche Zulage von 10 Mk.

2. Neue Verhandlungen sollen in der zweiten Hälfte des September im Tarifausschusse statt- finden.

Nach dieser Vereinbarung kommen gemäß dem am 27. Juni gefällten Schiedsspruch und dem am 25. Juli getroffenen Abmachungen im Buchdruck- gewerbe für die Monate August und September folgende Wirtschaftshilfen an den bisherigen Terminen monatlich zur Auszahlung:

An den Orten bis einschließlich 7 1/2 Prozent Lokal- zuschlag:
für Gruppe C Verheiratete 73,50 Mk.
" " " C Ledige 58,50 "
" " " B Verheiratete 66, — "
" " " B Ledige 58,50 "
" " " A 15, — "

An den Orten mit mehr als 7 1/2 bis 17 1/2 Prozent Lokalzuschlag:
für Gruppe C Verheiratete 88, — Mk.
" " " C Ledige 70, — "
" " " B Verheiratete 79, — "
" " " B Ledige 70, — "
" " " A 18, — "

An den übrigen Orten:
für Gruppe C Verheiratete 110, — Mk.
" " " C Ledige 87,50 "
" " " B Verheiratete 98,75 "
" " " B Ledige 85, — "
" " " A 20, — "

Neuausgelernte Gehilfen, jugendliches Hilfs- personal und Lehrlinge erhalten eine monatliche Zulage von 10 Mk. Dabei sei noch bemerkt, daß die für die A-Klasse festgesetzten Beträge für die Hilfs- arbeiter und Hilfsarbeiterinnen nicht prozentual, sondern ebenfalls voll zur Auszahlung kommen.

Das Ergebnis entspricht nach keiner Seite hin den Erwartungen, die von Gehilfenseite an diese Verhandlungen geknüpft worden sind. Aber die Verhandlungen beweisen erneut, wie schwer es ist, für die Arbeiterschaft weitere Lohnerhöhungen durchzusetzen und wie notwendig es ist, neben Geschlossenheit immer kaltes Blut zu bewahren. Auch wir wollen uns darüber klar sein, daß die in Kürze von uns zu führenden Verhandlungen außerordentlich schwierig werden und daß auch für uns es immer heißen muß: Kopf oben und kaltes Blut bewahren. Sehr richtig sagt der »Korrespondent« zu dem getroffenen Abschluß:

»Alles in allem genommen bedeutet das erzielte Ergebnis selbstverständlich noch lange keinen Erfolg, mit dem wirkliche Befriedigung ausgelöst werden kann. Das wissen diejenigen, die daran mitgewirkt haben, am besten. Aber dennoch kann mit gutem Rechte behauptet werden, daß das Resultat das Äußerste darstellt, was auf dem Verhandlungswege jetzt für die Gesamtgehilfenschaft zu erreichen

möglich war. Es kam zustande unter dem Eindruck, daß andernfalls beide Teile in einen Kampf hinein- schlüßern würden, ohne es absolut zu wollen. Dennoch ist das Resultat nur als eine Etappe zu weiterem Vorwärtsschreiten zu bewerten. Wenn selbst eine so große Mitgliedschaft wie Berlin dem ersten Schiedsspruch zustimmte, so wird, wenn Logik und Konsequenz nicht zum Teufel gehen sollen, nach den nunmehr erzielten Verbesserungen jenes Schiedsspruchs seine Annahme wohl auch andern Mitgliedschaften als entschieden wertvoll erscheinen.

Die »Solidarität«, das Organ der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, kommt bei der Betrachtung des Ergebnisses zu folgendem Schluß:

»Die erzielten Ergebnisse sind kein großer Erf- olg, stellen aber nach Lage der Dinge dasjenige dar, was erreicht werden konnte ohne Kampf. Hoffentlich zeigen die Prinzipale in Zukunft mehr Verständnis für die prekäre Lage unserer Kollegen- schaft, die sich ihren Anspruch auf gerechten An- teil am Wirtschaftsprozess nicht nehmen läßt. Wir sind einen Schritt vorwärts gekommen, Sorge ein jeder dafür durch intensive Aufklärungsarbeit, daß wir die Schritte beschleunigen können zum Wohle der Gesamtgehilfenschaft.«

Als hervorragendstes Ereignis im Buchbinder- gewerbe muß die Beratung des Reichsakkordlohn- tarifes betrachtet werden.

In den Tagen vom 27. Juni bis mit 2. Juli fanden in Leipzig zwischen Vertretern der Tarif- kommissionen in Berlin, Leipzig, Stuttgart, München, des Verbandsvorstandes und Vertretern des Ver- bandes Deutscher Buchbinderbesitzer Verhand- lungen über die aus den beteiligten Orten zahl- reich gestellten Anträge betr. die Revision des Akkordtarifes statt. Das Ergebnis der sechstägigen mühevollen Verhandlungen war die Aufstellung eines neuen Reichsakkordlohnvertrages, der einige weitere Gruppen von Arbeiten einschließt und am 15. August in Kraft tritt. Es ist unmöglich und auch nicht nötig, den Kollegen die einzelnen Posi- tionen des neuen Tarifes bekannt zu geben, zu dem die »Buchbinder-Zeitung« resümierend sagt:

»Zu dem Verhandlungsergebnis selbst möchten wir noch sagen, daß die von den einzelnen Tarif- städten gestellten Abänderungsanträge zu einem erheblichen Teil unberücksichtigt geblieben sind. Dessenungeachtet soll aber doch nicht verkannt werden, daß es uns gelungen ist, die fehlerhaften Positionen einigermaßen richtigzustellen. Wir sind überzeugt, daß auch mit dieser Revision des Akkord- tarifes eine volle Befriedigung bei den Mitgliedern nicht ausgelöst werden dürfte, doch bitten wir alle beteiligten Kreise, zu beachten, daß die gegen- wärtige Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs eben- leidet der ungeeignete Zeitpunkt ist, Wünsche der Arbeiterschaft auf angemessene Bezahlung der Arbeiter praktisch verwirklichen zu können. Unsere Unterhändler haben jedenfalls ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan. In angestrengtesten sechs- tägigen Verhandlungen, die vom frühen Morgen bis zum Abend währten, ist um jede einzelne Position hart gekämpft worden. Hoffen wir, daß das Gesamtergebnis der Verhandlungen erst ein- mal wieder die größten Ungerechtigkeiten in der Akkordbezahlung beseitigt hat.«

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Ge- werkschaftsbundes veröffentlicht in seinem »Korre- spondenzblatt« einen kurzen Tätigkeitsbericht für 1920. Hieraus ist zu entnehmen, daß eine rührige Tätigkeit im In und Auslande zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse entfaltet worden ist.

Am 1. Juni 1920 wurde die Errichtung einer gemeinschaftlichen Betriebsrätezentrale des ADGB und des Afa-Bundes bekanntgegeben und gleich- zeitig die Richtlinien für die örtliche Zusammen- fassung der Betriebsräte veröffentlicht. Ferner wurde die Bildung eines geschäftsführenden Aus- schusses der freigewerkschaftlichen Betriebsräte- zentrale und eines provisorischen Beirats be- schlossen. Der Beirat beschloß in seiner ersten Sitzung die Einberufung eines Reichsbetriebsräte- kongresses auf den 5. Oktober 1920. Der Verlauf des Kongresses ist bekannt.

Die Jahresabrechnung 1920 des Bundesvorstandes schließt ab mit einer Totalsumme von 13 155 659,92 Mk., ein Mehr gegen das Jahr vorher von 11 639 610,70 Mk., darunter ein Betrag von 7 244 240,65 Mk., der sich aus der schwedischen Kreditaktion ergeben hat. Darüber hinaus ist die Steigerung zurückzuführen auf verschiedene Unterstützungsaktionen, die im Laufe des verflorenen Jahres vor sich gingen. Sie sind in der Abrechnung zusammengefaßt in dem Unterstützungskonto, das mit einem Betrage von 1 298 272,96 Mk. abschließt.

In gleicher Weise wie die laufenden Einnahmen sind auch die laufenden Ausgaben gestiegen. Zur Erhöhung der Ausgaben haben in erster Linie be- getragen die Errichtung der Betriebsrätezentrale und die Herausgabe der Betriebsrätezeitung, die zusammen eine Ausgabe von 224 911,85 Mk. ver- ursachten. Hinzu kommt die Einstellung mehrerer Hilfskräfte in die Bureau des Bundesvorstandes und seine einzelnen Abteilungen sowie die Er- höhung des Beitrages an den Internationalen Ge- werkschaftsbund. Im übrigen ist die Steigerung der Ausgaben zurückzuführen auf die Entwertung des Geldes und die Steigerung der Preise für alle Gebrauchsgegenstände. Aus diesem Grunde stellen sich die Ausgaben unter den einzelnen Titeln und

Ziffern bedeutend höher als im Jahre vorher. Die Steigerung der Ausgaben gegen das Vorjahr betrug: Bundesvorstand, sächliche und persönliche Verwaltungskosten 200.995,62 Mk.; Bibliothek 1284,92 Mk.; Kongresse und Konferenzen 144.943 Mk.; Drucksachen 25.769,60 Mk.; Beitrag an das Internationale Gewerkschaftssekretariat 135.213 Mk.; Agitation 426.449,37 Mk.; Verlag 145.449,08 Mk.; Korrespondenzblatt 541.864,72 Mk.; Oswiata 221.376,31 Mk.; Zentralarbeitssekretariat 54.280,87 Mk.; Sozialpolitische Abteilung 84.216,17 Mk.

Das Korrespondenzblatt hatte auch im abgelaufenen Jahre noch immer unter Raummangel und den ungeheuren Papierpreisen zu leiden. Dies hatte ebenfalls zur Folge, daß die Zahl der Beilagen noch immer nicht wieder auf den Stand der Vorkriegszeit gebracht werden konnte. Die Auflage beträgt zurzeit 61.000 Exemplare.

An der Ersteinheitsweise des Gewerkschaftlichen Nachrichtendienstes hat sich nichts geändert und die Auflage von 450 Exemplaren ist die gleiche geblieben.

Im verflossenen Jahre ist das in polnischer Sprache erscheinende Gewerkschaftsblatt Oswiata wöchentlich einmal herausgekommen.

Zu einer Einheitsaktion aller Gewerkschaften führte der Kampf gegen das Trinkgeldwesen. Unter dem Titel: *Fort mit dem Trinkgeld!* wird folgender Aufruf verbreitet:

»Es ist kollegiale Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, die Gastwirtsgehilfen in ihrem Kampfe um eine ausreichende feste Entlohnung zu unterstützen. Das Unternehmertum sucht sich teilweise seiner Pflicht zur Lohnzahlung dadurch zu entziehen, daß es dem Bedienungspersonal die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit des Trinkgeldes offen läßt, um dadurch sein Interesse an ausreichender fester Entlohnung zu mindern. Bei diesem Verfahren, das jedem kaufmännischen Gebaren widerspricht, ist insbesondere das minderbemittelte Publikum der Leidtragende. Wehrt euch gegen das Trinkgeldsystem und helft, die Gastwirtsangestellten als Kämpfer um sittliche Entlohnung in unsere Reihen einzugliedern, indem ihr allerorts die Beseitigung der Trinkgeldentlohnung mit erreichen helft und überall da, wo durch Tarife das Trinkgeld abgeschafft ist, solches nicht mehr gebt.«

Zur Schaffung des Reichsmanteltarifvertrags für das Holzgewerbe, über den die Parteien schon über 1/2 Jahr ergebnislos verhandelt haben und auch die letzten am 4. Juli stattgefundenen Verhandlungen zu keiner Einigung geführt hatten, trat unter Vorsitz des Regierungsrats Dr. Weigert ein Schlichtungsausschuss aus je 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmerbeisitzern zusammen und fällt einen Schiedsspruch. Die Parteien hatten bis zum 22. Juli, mittags 12 Uhr, zu erklären, ob sie den Schiedsspruch annehmen oder nicht. Nichteingendung einer Erklärung gilt als Ablehnung.

Der Reichsmanteltarif ist nunmehr von den Parteien angenommen worden und in Kraft getreten.

Der Vorstand des Dachdeckerverbandes beruft den 13. ordentlichen Verbandstag zum 13. bis 17. November 1921 nach Thale am Harz ein. Die Tagesordnung sieht eine Reihe wichtiger Beratungspunkte vor, so unter anderem: Die wirtschaftliche Lage, Arbeitslosigkeit, Berufspflege; Der Bauergewerksbund; Tarifvertragswesen und Schlichtungsordnung; Die Sozialisierung im Bauergewerbe; Bauarbeiterschutz und Sozialpolitik; Gaueinteilung; Unterstützungseinrichtungen; Der Nürnberger und der nächste Gewerkschaftskongress.

Auf Grund der Beschlüsse der Vorständekonferenz vom 6. und 7. November 1920 und der Reichsvertretung vom 11. Mai 1921 wird der 1. Afa-Gewerkschaftskongress zum 2. und 3. Oktober nach Düsseldorf mit folgender, vorläufiger Tagesordnung einberufen: 1. Reorganisation des Afa-Bundes; 2. Vereinheitlichung und Demokratisierung des Arbeitsrechtes; 3. Die Neuordnung der Sozialversicherung; 4. Wahlen; 5. Verschiedenes.

An internationalen Kongressen tagten: Der 9. Internationale Metallarbeiterkongress in Luzern, das Internationale Bergarbeiterkomitee im Haag, die internationale Kürschnerkonferenz in München, die internationale Tagung der Privatangestellten in Wien und die dritte Tagung der Friseurgehilfen Internationale in Reichenberg (Tschedo Slowakei).

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Auch: Für Recht und Freiheit.

Die christlichen Gewerkschaften, die ihren Mitgliedern ununterbrochen einzureden suchen, daß sie in den letzten Jahren sowohl an Mitgliederzahlen wie auch an äußerem Einfluß zugenommen haben, verschmähen kein Mittel, sich auch bei der gedanklich anders gearteten Arbeiterschaft immer wieder in Erinnerung zu bringen. Unter dem Schrei: Terror! versuchen sie bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten im Trüben zu fischen und den Bestand der freien Gewerkschaften zu unterminieren. Wie sehr berechtigt die Christen sind über Terror zu zetern, kann jeder am eigenen

Leibe feststellen, der am Sitze christlicher Hochburgen es wagt, dem christlichen Glaubensbekenntnis ade zu sagen und in das Heer der Heiden unterzutauchen.

Unter dem Titel: Rot oder kein Brot! und anderen versuchen die Christen jetzt auch in unseren Reihen auf Mitgliederumfang auszugehen. Als ein geeignetes Objekt — um ebenfalls über Terror schreien zu können — sehen sie den Tarifvertrag für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe an, der folgende besondere Vereinbarung enthält:

»Die Mitglieder des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe, erklären, daß sie nur in solchen Betrieben Beschäftigung nehmen, die dem Verbands Deutscher Steindruckereibesitzer angehören, und andererseits werden die Mitglieder des Verbandes Deutscher Steindruckereibesitzer nur solche Gehilfen beschäftigen, die dem Verbands der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe angehören.

Die Vertreter beider Vertragsparteien erklären, daß, insoweit bei Abschluß des Tarifvertrages in einzelnen Betrieben Mitglieder der christlichen Gewerkschaften bzw. der Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine beschäftigt sind bzw. als Kriegsteilnehmer einen Anspruch auf Wiedereinstellung haben, solche Gehilfen als gleichberechtigt im Sinne obiger Vereinbarung angesehen und denselben keinerlei Schwierigkeiten bei ihrer Weiterbeschäftigung bzw. Wiedereinstellung gemacht werden.«

Die Christen sehen sich durch diese Vereinbarung in ihrer weiteren Ausdehnung behindert und schreien nun Zeter und Mordio. Unser Beginnen soll angeblich nicht nur in Widerspruch zu allen Begriffen von Moral und Sitte, sondern auch in Widerspruch zum Artikel 159 der Reichsverfassung stehen. Und das alles, weil der Verband bei der letzten Neuberatung des Tarifes es ablehnte, dem Bäckerdutzend christlich organisierter Lithographen und Steindrucker eine Vertretung zuzugestehen. Um nun wenigstens die eingeleitete Aktion nicht ganz im Sande verlaufen zu lassen, fragen die Christen öffentlich den Reichsarbeitsminister und die sonstigen verantwortlichen Stellen: »Was gedenkt man gegen die Machstellung der sozialdemokratischen Gewerkschaften und gegen die Unterbindung aller Begriffe von Recht und Freiheit zu tun?«

Angesichts der unzähligen, die Interessen der Arbeiter direkt verletzenden Handlungen der Christen ist es geradezu amüsant, diese »ollen ehrlichen Seemänner« in der Pose des unentwegten Kämpfers für Recht und Freiheit zu sehen. Um nur ein Beispiel aus der Unzahl der Fälle anzuführen, was die Christen unter Recht und Freiheit verstehen, sei ein Auszug aus einer Note aus der »Münchener Post« vom 14. Juli angefügt, die folgendes enthält:

»In dem Betriebe des Sägewerkbesizers und Holzgroßhändlers Kink in Landsberg (Bayern) waren die dort beschäftigten 110 Arbeiter und Arbeiterinnen vor kurzem wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten. Nachdem es den Arbeitern gelungen war, zwölf Studenten, die als Nothelfer von München gekommen waren, nach Klarlegung der Sachlage zur Abreise zu bewegen, organisierte der »christliche« Gewerkschaftsbeamte Effenhofer vom christlichen Holzarbeiterverband mit Hilfe des Platzmeisters Schön eine Streikbrechergilde und fiel damit den Streikenden in den Rücken, indem er erklärte, daß »seine« Leute am Freitag, den 15. Juli, die Arbeit aufnehmen, unbekümmert, ob die übrigen streikenden Arbeiter damit einverstanden sind.«

Solche Beispiele christlicher Moral und Sitte, die tagtäglich zu Dutzenden zu registrieren sind, zeigen, wie berechtigt die Christen sind, sich zu Hütern von Recht und Freiheit aufzuweifen. Diese eigenartigen Anschauungen über Moral und Sitte, Recht und Freiheit, wie sie jeden Tag durch die Christen durch die Tat demonstriert werden, müssen jeden Arbeiter, der seine Interessen mit Nachdruck vertreten zu sehen wünscht, davon abhalten, diesen Leuten eine Mitbeteiligung an Tarifverhandlungen zuzugestehen. Das »schamlose Treiben« der Christen muß vielmehr alle Kollegen aufpeitschen dafür zu sorgen, daß die bisherige Einheit und Geschlossenheit des Verbandes erhalten bleibt, auch wenn man auf christlicher Seite noch so sehr »Rot oder kein Brot!« schreit. Daß ganz besonders jetzt Einigkeit aller Kollegen unter allen Umständen notwendig ist, bedarf keiner besonderen Erwähnung mehr. Wäre sie nicht vorhanden, müßte sie durch den Zwang der wirtschaftlichen Not geschaffen werden. Daß die Christen gerade jetzt, wo die Arbeiterschaft wie ein Mann stehen muß, will sie die ihr zugedachten ungeheuerlichen Lasten von sich abwägen, gegen die Einheit der kollegialen Front antreten, ist ein weiterer Beweis dafür, welche Anschauungen über Moral und Sitte, Recht und Freiheit in den Kreisen der Christen umgehen und wie man die Interessen der Arbeiter zu vertreten gedenkt.

Nebenbei noch bemerkt: Wie die Bekanntmachung des Verbandsvorsandes zeigt, besteht die Verbindlichkeitsklärung des Tarifvertrages für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe nach wie vor.

Mehr Lohn!

Der Leitartikel »Vor neuen Kämpfen« in der »Graphischen Presse« vom 29. Juli zeigt allen, die es noch nicht wußten, welch schwerer wirtschaftlicher Krise das deutsche Proletariat entgegengeht. Eine ganz gewaltige Preissteigerung aller Lebensmittel, Bedarfsartikel, Kleidung usw. tritt in allernächster Zeit ein und es ist unbedingt erforderlich, diese neuen, unerträglichen Lasten frühzeitig, d. h. vorher in ihren verheerenden Wirkungen abzuschwächen. Im Leitartikel wird schon darauf hingewiesen, daß zunächst eine erhebliche Lohnsteigerung eintreten muß und ich nehme an, daß der Hauptvorstand in dieser Frage bereits Fühlung mit den Unternehmerverbänden genommen hat. Hiermit ist es allein aber nicht getan! In allen Orten, in allen Zahlstellen müssen die Kollegen unverzüglich sich mit der Lohnsteigerung befassen und mit aller Schärfe für die Durchführung eintreten. Mit vollem Recht ist in der »Graphischen Presse« gefordert worden, nur kurze Fristen für die Lohnregulierung festzusetzen, denn es ist bestimmt zu erwarten, daß alle Preise bis zur Erreichung der Weltmarktpreishöhe ansteigen werden. Wir müssen uns daher völlig freie Hand vorbehalten.

Die Unternehmer sind ja auf die kommende Lohnsteigerung vorbereitet und können daher nicht mehr die Überraschten sein. Einige einsichtige Unternehmer erkennen die Notwendigkeit einer höheren Lohnzahlung rückhaltlos an. Aber in der überwiegenden, großen Mehrheit werden die Unternehmer sich auf einen ablehnenden Standpunkt stellen. Einigkeit und Geschlossenheit aller Arbeiter ist daher unser höchstes Gebot, sonst wird auch hier wieder das Proletariat die Kosten zu tragen haben.

Da gerade in unserem Gewerbe die Löhne äußerst niedrige sind, so wird naturgemäß eine höhere Lohnsteigerung notwendig sein. Wie hoch diese Steigerung sein wird, hängt von der allgemeinen Preissteigerung ab und kann man daher vorher keine Richtlinien festlegen. Es ist aber selbstverständlich, daß die Kollegen aufpassen müssen, daß sie nicht zu kurz kommen.

Wie oben bemerkt, gibt es auch einsichtige Unternehmer, die die große Notlage der Arbeiterschaft anerkennen und versuchen, der Not entgegen zu arbeiten. Diese Versuche scheitern und müssen scheitern, weil der hierliegende Keim nicht erfaßt wird. Mit Lohnzulagen kann letzten Endes die furchtbare Not nicht aus der Welt geschaffen werden, dazu bedarf es anderer Mittel, die ich hier nicht näher erörtern will. Da man sich aber mit beiden Füßen auf den Boden der realen Tatsachen stellen soll und muß, so muß man sich eben mit einer Lohnerhöhung abfinden.

Wir werden erleben, daß die Unternehmer und besonders die Steindruckereientnehmer, den Refrain singen: Wir sind am Ende unserer Kraft, wir können nichts bewilligen, oder wir sind pleite. Wir würden ja gerne mehr geben, aber usw. usw. Dabei braucht man sich nur einmal die Geschäftsergebnisse näher anzusehen oder die Anschaffung von Maschinen usw., dann bekommt man schon ein wesentlich anderes Bild von der Notlage der Unternehmer. Es ist geradezu beschämend, wenn, wie hier in Hannover, eine sogenannte Weltfirma mit unseren Kollegen um 5 Mk.!! Lohnzulage pro Woche feilscht und gerade diese Firma zahlt mit die niedrigsten Löhne. Oder eine andere kleinere Firma weigerte sich, zwei Steinschleifern den Tariflohn und die Wirtschaftsbefehle zu zahlen, weil der eine etwas »schwerhörig und der andere angeblich zu alt ist. Diesem Herrn wurde beim Schiedsgericht klar gemacht, daß solche Praktiken nicht eingeführt werden dürfen. Von einer anderen großen Firma dagegen kann man berichten, daß sie allen Facharbeitern 20 Mk. Lohnzulage ohne Ausnahme pro Woche und dem übrigen Personal eine Beihilfe von 50, 75, 100 und 150 Mk. gewährt hat. Man sieht, es geht auch anders! Darum Kollegen, zieht aus der Situation den richtigen Schluß und kämpft für eine bessere Lebenshaltung und laßt euch nicht die Kosten einer falschen Wirtschaftspolitik aufbürden.

E. W., Hannover.

Ortsberichte.

Bremen. Anschließend an den Bericht vom Graphischen Kartell entspann sich in unserer letzten Versammlung eine lebhafte Debatte über die Bedienung der Offsetmaschine. Die Buchdrucker sind immer noch der Auffassung, daß die Offset ihnen die Arbeit wegnimmt. Demgegenüber stehen unsere Behauptungen, daß die Offset die Stein- und Druckmaschine immer mehr verdrängen wird.

Beschlossen wurde, daß eine Zusammenkunft der Vorstände beider Organisationen in nächster Zeit stattfinden soll, um genügende Aufklärung in diese Angelegenheit zu bringen.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung »Unser Lohnabkommen« wurde zur Sprache gebracht, daß unsere Lohnverhältnisse auch den bescheidensten Ansprüchen nicht mehr genügen und die Gesamtlage einen verzweifelten Charakter annimmt. Mit Grauen sehen wir dem Winter entgegen und stehen vor dem Rätsel: Wie sollen wir bei diesem Lohn

(Fortsetzung in der Beilage.)

die hohen Preise für Brot, Kartoffeln, Kohlen und Gas bezahlen. Wenn alles nach Weltmarktpreisen hinaufsteigt, so haben auch wir das Recht und die Pflicht, einen Weltmarktarbeitslohn zu beanspruchen. Folgende Resolution aus der Mitte der Kollegen wurde einstimmig angenommen:

»Die Kollegen der Zahnstellerei Breren beauftragen den Verbandsvorstand in Anbetracht der großen Verwertung der Lebenshaltung und der schon jetzt bestehenden Notlage, bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen eine Erhöhung des Lohnes von 70 Prozent zu fordern, um einer völligen Verelendung zu entgehen.«

Der Betriebsrat

Wirtschaftliche Schulungsarbeit.

Überall drängen neue Rechtsformen zum Durchbruch. Auch auf dem Gebiet der Wirtschaft. Wirtschaftsdemokratie bedrängt und verdrängt immer mehr die bisherige Wirtschaftsautokratie. Neue Rechte und neue Pflichten entstehen für die in der Wirtschaft tätigen Personen, insbesondere für die Arbeitnehmer. Sie auszuüben und zu erfüllen, hängt von der Menschenqualität ab. Sie zu steigern ist eine Frage der Bildung. An der Menschenqualität der Arbeiter entscheidet sich für die nächste Zukunft die weitere Entwicklung und Demokratisierung der deutschen Wirtschaft. Von oben bis unten muß der Betrieb und das Wirtschaftsleben mit neuem Geist durchsetzt, mit neuem Inhalt erfüllt werden.

Die Gewerkschaften sind vor die neue Aufgabe dieser Schulung ihrer Mitglieder auf wirtschaftlichem Gebiet gestellt. Sie haben den Anfang dazu gemacht und die neuen Aufgaben in Angriff genommen. Darüber, in welcher Weise es geschieht und zu geschehen hat, unterrichtet ein ganz vorzügliches Buch des Genossen Richard Woldt — »Wirtschaftliche Schulungsarbeit und gewerkschaftliches Führertum«, Verlag von Quelle & Mayer in Leipzig. Sein Leitgedanke ist, das jetzige Übergangsstadium mit allen seinen Hemmungen und Unzulänglichkeiten des Menschenmaterials zu überwinden und die Erziehungsaufgabe am Arbeiter zu meistern.

Woldt behandelt die Aufgaben der Arbeiter in der neuen Wirtschaft, die neuen Rechte und Pflichten, die gewerkschaftliche Selbsthilfe in der Schulungsarbeit, die staatlichen Schulungspläne für Preußen, den Lehrplan und das Lehrgebiet und die Lehrmethode.

Er kommt im Ausblick zu dem Schluß, daß sich überall die Bestrebungen der wirtschaftlichen Schulungsarbeit bemerkbar machen, daß es als notwendig erkannt werde, nun auch den Arbeitnehmer mit sachlicher und fählicher Einsicht als mitgestaltende Kraft in die Arbeit für den Neubau der Wirtschaft hinein zustellen; Woldt meint, daß Deutschland eine große Arbeitswerkstatt werden müsse, daß aus der Befähigung des deutschen Arbeitervolkes heraus jene großen Kräfte herauswachsen müssen, die die Völker der Welt wieder zusammenführen zum Frieden, zur Freiheit und zum Wohlstande. Diese Erziehungsaufgaben seien nicht einfach, aber wir müßten mit Hingabe, Verständnis und Energie dafür wecken und stärken. Sei es auch wahr, daß wir noch auf lange Zeit ein armes Volk bleiben würden, so dürften wir doch nicht arm sein in der Initiative, im Unternehmungsgeist, in der Ausrüstung mit Material und geistigen Produktionsmitteln für die Wirtschaft. Hier vor allem sei Großzügigkeit an der Menschenausbildung in Wahrheit produktiv, und Großzügigkeit und Weitblick müßte die Schulung der wirtschaftlichen Kräfte der Arbeiter unterstützen und fördern.

Woldt's Buch regt zum Nachdenken an und ist seiner vielfachen Lehrpläne wegen auch ein überaus wertvoller Leitfaden. Es ist aufs wärmste jedem zu empfehlen, zumal der Preis auf nur 12 Mk. gesetzt ist.

Rud. Wissell.

Etwas über Betriebsräte.

Unter dieser Überschrift brachte in Nr. 31 der »Graph. Presse« der Kollege H. E. eine Abhandlung. Derselbe veranlaßt mich, eine andere Seite des Problems kurz zu beleuchten, wobei ich natürlich nur die Erfahrungen mit unseren Kollegen berücksichtige. Als Betriebsrat einer mittleren Druckerei, zumal als Ooman des Betriebsrates könnte ich noch vieles als Beschwerde anführen, wenn ich alle unangenehmen Ereignisse mit anderen Gruppen betrachten wollte.

Daß die Betriebsräte nicht das sind, was sie sein sollen, dürfte zutreffen. Warum es so ist oder so wurde, darüber stimme ich mit dem Kolleg. H. E. nicht überein. Auch soll zugegeben sein, daß viele Unternehmer keine Achtung vor ihrem Betriebsrat haben. Die Verankerung eines bekannten Sprichwortes: »Sage mir, wer Du bist, und ich sage Dir, wen Du vertrittst«, sagt schon genug. Ein pflaumenweicher Betriebsrat setzt also eine ihn wählende Kollegenschaft voraus.

Der Kampf um die Interessen der Kollegen mit dem Unternehmer oder der Betriebsleitung ist sicher von den meisten Betriebsräten erst aufgefaßt worden, zumal ja von keiner Seite in der ersten Zeit Hilfe zu erwarten war. Auch heute noch finden die Betriebsräte bei manchen Ver-

bänden nicht immer das, was sie am nötigsten gebrauchen.

Gelang es nun wirklich, um einige Beispiele anzuführen für mein Mahnwort, einiges zu erreichen? Annehmbare Richtlinien über Einstellung und Entlassung würden vereinbart. Ich würde eine »pflaumenweiche« Behandlung seitens der Unternehmer allenfalls begreifen, eine Nichtachtung der Beschlüsse durch die Kollegen ist jedoch nicht zu verzeihen. Ähnlich ist es mit der Zustimmung zu § 78, Abs. 2, betreffend Änderung der Arbeitszeit (Überstunden). Meistens wird hier hinter dem Rücken des Betriebsrates geschoben.

Bei allen Unternehmungen, ob es sich um Sonderzulagen, soziale Maßnahmen (Ferien) oder andere Fragen handelt, zeigt es sich, daß die Plattform des Betriebsrates nicht Granit sondern Moorboden ist, dessen Gase auch andern Leuten in die Nase steigen. »Viele Köpfe, viele Sinne« sagt das Volk und hat auch hierin recht. Oft dauert es länger und macht mehr Arbeit, eine gemeinsame Basis zu finden, als die Wünsche der Kollegenschaft näher zu vertreten und zu erreichen. Diese Kämpfe mit all ihrem Unangenehmen tragen wahrlich nicht dazu bei, die Aktivität der Betriebsräte zu steigern. Der Unternehmer hat es dagegen viel leichter, er ist nur allein, es geht nach seinem Kopf; außerdem weiß er meistens auch was er will. Wodurch sich vieles von den Vorgängen erklären läßt.

Viel von dem, was also unseren Betriebsräten fehlt, liegt in der mangelnden Unterstützung durch die Kollegen. Wenn sich die Kollegen mehr um die Zeitereignisse kümmern würden, sozialistische Zeitungen lesen, eventl. sogar dieses oder jenes Problem etwas näher ansehen und studieren würden, dann dürften sich die Klagen über die Betriebsräte bald verlieren. Dann würden sich die guten Betriebsräte und ihre Kollegen besser verstehen und auch mit viel mehr Erfolg die Interessen der Kollegen vertreten. Denn auch in der Betriebsräte Frage stehen wir, vereint, uneinig fallen wir. Wer dieses nicht will, beherzige meine Zeilen und trage an seinem Teil mit dazu bei, am Ausbau und der Durchführung der Betriebsräte-Probleme mitzuarbeiten.

Die photomech. Fächer.

Xylographen!

Nach längeren Vorbereitungen fanden am 10. August Verhandlungen zwischen Vertretern des Bundes der Xylographischen Anstalten und unseres Verbandes in Berlin statt, in denen die Berufsverhältnisse einer Besprechung unterzogen wurden. Das Resultat der Verhandlung war ein Vorschlag der Gehilfen, der das Organisationsverhältnis der Angehörigen beider Parteien und die Lohnfrage regeln soll. Die Angelegenheit unterliegt nunmehr der Begutachtung der Bundesprinzipale und führt dann zu weiteren Verhandlungen in 10-14 Tagen. Zu gegebener Zeit wird ausführlich Bericht erstattet.

Wie lange noch?

Wie lange noch? lautet die Frage, welche der Kollege K. M., Ch. in Nr. 32 der »Graphischen Presse« an alle Chemigraphen richtet und dieselbe Frage ist hinauszuordnen in den diditen Arbeiterwald, in die Masse der Unterdrückten und Darben. Bleiben wir aber bei unsern graphischen Kollegen, vorläufig bei den Chemigraphen. — Der Artikelschreiber zeigt uns in kurzen Linien das Bild unseres Gewerbes seit dem Zusammenbruch. Wir kennen es alle, haben es ja alle mit erlebt, aber nicht alle haben daraus gelernt und die wenigsten haben ihre volle Pflicht getan. Von Verbandsseite wurde mittels der Tarifgemeinschaft eine Arbeit geleistet, die eben nur eine Grobarbeit genannt werden kann. Die meisten Kollegen sind stets und mit vollem Recht unzufrieden gewesen; aber diese Grobarbeit galt für alle, einerlei, wie die Geschäftslage war, einerlei unter welchen Bedingungen die Geschäftslage überhaupt aufreht erhalten wurde; die tariflichen Abmachungen mußten erfüllt werden und die Kollegen bekamen ihre sehr niedrige Zulage ohne weiter dem Unternehmer ihr größeres oder kleineres Verhandlungstalent zu zeigen. Es fragt sich jetzt jedoch, ob die Kollegen auch begriffen haben, daß der Verband wegen der Tarifgemeinschaft überhaupt nicht in der Lage ist günstige Situationen voll und ganz auszunützen. Es ist ja ganz natürlich, daß neben der Grobarbeit auch die Fein- und Kleinarbeit getan werden muß und diese kann nur von den einzelnen Mitgliedern geleistet werden. Um diesem Punkt näher zu kommen, wiederhole ich und beantworte ich gleich die Frage: »Wie lange noch!« Bis die Chemigraphen einmal nachrechnen werden, wie hoch der Wert ihrer fertiggestellten Arbeit ist. Es wird ja jeder wissen, daß der Quadratzentimeter Strich 42 und der Quadratzentimeter Auto 70 Pfg. kostet. Minimal 24 und 40 Mk. Wie lange noch, bis mancher Kollege begreift, daß er nicht ewig jung und gesund bleiben wird und nur eine dem Lohn entsprechende normale Arbeitsleistung zu liefern braucht. Wir müssen doch bedenken, daß wir nur den zehnten Teil an Wert erhalten, was unser Lohn

in Ziffern ausdrückt. Wo sind denn die Kollegen, welche trotz ihrer Friedensleistung 400 bis 500 Mk. verdienen, wo die Unternehmer die ärmer geworden sind? Rechnet aber ein Chemigraph bei normalem Geschäftsgang nach, was er in einer Woche an Kleinschees fertig gemacht hat, so wird er wohl etwas mehr Mut besitzen, als bis jetzt die meisten Kollegen gezeigt haben. Er wird Kleinarbeit des Verbandes leisten und wird mit vollem Recht Zulage verlangen und bei Nichtbewilligung wird er wohl so verärgert sein, so das seine Leistungen bedeutend zum Schaden des Unternehmers fallen. Den Mann stellen, heißt es jetzt, sein Recht ausnützen, Ansprüche stellen, weil das Gewerbe heute in der Lage ist, auch der Gehilfenschaft eine Besserstellung zu bieten. Von selber gibt kein Unternehmer etwas und das wenige, was bei den tariflichen Verhandlungen erreicht wird, bleibt deshalb so nieder, weil die meisten Prinzipale damit rechnen, daß alle Gehilfen, welche auch nur eine Spur von Mut in den Knochen haben, die Gelegenheit benützen und sich durch persönliches Vorgehen weitere Lohnzulagen herausholen. Aber wie lange noch? Bis auch der letzte Kollege dieses bischen Mut gezeigt hat. Fast alle Kollegen waren im Feld und standen zwischen Leben und Tod und taten die befohlene Pflicht! Aber es muß sich mancher an die Brust schlagen und sich selbst feig nennen, weil er die freie Gewerkschaftspflicht sehr schlecht erfüllt hat. Dasselbe gilt auch bei dem angeführten schlechten Versammlungsbesuch. Man muß sich oftmals fragen: Mit welchem Recht bleiben verschiedene Kollegen den Versammlungen fern und verweigern dem Verband ihre geistige Mitarbeit, welche doch ebenso wichtig ist als das Beitrags zahlen; ja ein Recht des Mitgliedes auf Leistung seitens der Organisation besteht nur, wenn beides erfüllt wird. Wie lange noch bis die Kollegen dieses einsehen und endlich wissen, daß sie als Mitglied des Verbandes auch zur Mitarbeit verpflichtet sind.

J. B. K.

Ortsberichte.

Offenbach a. M., Chemigraphen. Am 10. August 1921 nahm die Kollegenschaft Kenntnis von unserer neuen Wirtschaftsbeihilfe. Alle Kollegen sind sich einig darüber, daß das Resultat der Verhandlungen das kläglichste ist, was bisher erzielt wurde. Drei wichtige Gründe: die sprunghaft gestiegenen Aufwendungen für die Lebenshaltung, der Gehilfenmangel und eine beispiellose Konjunktur ließ die Kollegen erwarten, daß sie endlich einmal für ihre bis jetzt gewährte Bescheidenheit entschädigt würden. Statt dessen, um nur die am ärgsten Betroffenen zu nennen, bekommen die Verheirateten 55 Mk., also die Woche 12,50 Mk., die als Abgeltung der Brotverwertung angesehen werden sollen. Dies reicht nicht für rationiertes, viel weniger für Freihandelsbrot, Gas, Kohle, Lebensmittelverwertung, Invaliditätsbeitragssteigerung und nicht zuletzt die kommende Mietssteuer blieben völlig unberücksichtigt. Auch die monatliche Kinderzulage, die in ihrer Höhe von 3 Mk. wie ein Hohn wirkt in dieser Zeit, blieb bestehen. Oder sind die Herren Unternehmer der Ansicht, daß die sozialen Ausgleichs schon so weit gediehen sind, daß unsere Kinder auf diese Zulage verzichten können? Und dieses klägliche Resultat kostete uns das Lehrlingseinstellungsverbot. Es ist ganz selbstverständlich, daß derartige unzulängliche Abmachungen zur Selbsthilfe mancher Mitgliedschaften führen können, ohne daß es die Verbandsleitung wird verhindern können. Wir sind der Meinung, daß der Verbandsvorstand alle Schritte unternehmen muß, um durch Zusammenschluß der Arbeiter des ganzen graphischen Gewerbes eine Einheitsfront zu schaffen, die es ermöglicht, uns wenigstens zu einer menschlichen Existenz zu verheilen. Bei Lehrlingseinstellungen ist zu beachten, daß die Eltern mit den Existenzverhältnissen in der Chemigraphie vertraut gemacht werden. Den Einstellungskommissionen ist zu empfehlen, einen physiologischen Berater vom Berufsamt zuzuziehen, damit wir die Gewähr haben, daß wirklich brauchbare Menschen unseren nicht allzu gesunden Beruf erlernen. Nach Erledigung von Fragen lokaler Art erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Photogr. Mitarbeiter.

Die Tagung des Zentral-Verbandes in Frankfurt am Main.

Der diesjährige Delegiertentag des Zentral-Verbandes deutscher Photographen-Vereine und Innungen, der in den Tagen vom 27. bis 29. Juli in Frankfurt a. M. zusammentrat, ist insofern von allgemeiner Bedeutung, als der schon seit Jahren vom Vorstand des Zentralverbandes angestrebte Zusammenschluß aller irgendwie beachtlichen fählichen Organisationen der Photographen auf dieser Tagung gelungen ist. Obwohl die Gesellschaft deutscher Lichtbildner, als auch der deutsche Photographen-Verein haben ihren Anschluß an den Zentral-Verband erklärt und damit das Signal auch für die noch abseitsstehenden Photographenvereine und -Vereine gegeben, den vollständigen, restlosen Zusammenschluß weit mehr Beachtung zu schenken, wie bisher. Welche Situationsveränderung durch diesen Zusammenschluß

für die Gehilfen zum Zwecke der Wahrnehmung ihrer berechtigten Interessen herbeigeführt worden ist, muß einer besonderen Betrachtung vorbehalten bleiben.

Die Zentral-Verbands-Tagung 1921, die ganz zweifellos nach den bisher vorliegenden Berichten unter dem Einfluß dieses Zusammenschlusses gestanden hat, interessiert uns nur soweit, als auch auf dieser Tagung die Stellung der Unternehmer zu den Gehilfen berührt wurde. Und da ist interessant, daß in letzter Minute ein einstimmiger Beschluß auf Beitritt zum Reichsverband des deutschen Handwerks angenommen wurde. Durch diesen Beschluß hat der Zentral-Verband kurzerhand die viel Staub aufwirbelnde Frage: Kunst oder Handwerk zur Entscheidung gebracht und dokumentiert, daß die jedem Fortschritt abholden Gedanken des Deutschen Handwerks auch in den Kreisen der photographischen Innungsmeister lebendig sind. Das kam auch sehr treffend bei der Behandlung des Lehrlingswesens zum Ausdruck. Die wiederholt auch den höchsten Reichsbehörden mit Nachdruck vorgetragenen Notwendigkeiten des Zusammenarbeitens zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum sind noch nicht in den Gesichtskreis der Besitzer photographischer Ateliers getreten. Noch immer sind diese Herren der Ansicht, daß für die Gestaltung des Lehrlingswesens jene Ansichten Geltung haben sollen, die maßgebend waren, als der Großvater die Großmutter nahm. Auch sie vertreten die Ansicht, daß die Träger der Organisation zur Regelung, Durchführung und Überwachung des Lehrlingswesens im Handwerk die Innungen und deren Verbände und die Handwerks- und Gewerkekammern sind - und verwarren sich gegen alle Versuche, die Handwerkslehre im ganzen oder in einzelnen Punkten zu einem Arbeitsverhältnis zu gestalten.

Der Zweck dieser Einstellung ist so durchsichtig, daß es unnötig erscheint, noch näher darauf einzugehen. Es ist eben trotz aller Bemühungen, durch Gehilfen- und Meisterprüfungen das eigenliche Tun zu verschleiern, die glatte Forderung auf uneingeschränkte Ausbeutung der Lehrlinge mit der Begründung, daß eben ohne diese Ausbeutung junger Menschen das Handwerk im Kampfe mit der Großindustrie nicht mehr zu bestehen vermag.

Dasselbe gilt auch für die Gehilfen. Die Tarifrage wurde nur kurz behandelt. Man nahm die vom Zentral-Verband aufgestellten Richtlinien für Tarifverträge, die den Kollegen allgemein bekannt sind, nochmals entgegen und sprach sich allgemein gegen einen Reichstarif aus. Warum, erklärte der Vorstand des Zentral-Verbandes selbst. Nach den Berichten wurde seitens des Vorstandes des Zentral-Verbandes ausdrücklich anerkannt, daß die Löhne der Gehilfen niedrig sind. Wahrlich ein klassisches Eingeständnis! Um dieses nicht zu umgehende Eingeständnis abzuschwächen und seine aufreizende Wirkung auf die Gehilfenschaft herabzumindern, sang man das auch von allen Großindustriellen »Schwerverdienern« vorzüglich eingelebte Lied, daß man unter den heutigen Verhältnissen höhere Löhne nicht zahlen könne. Das letztere Angabe falsch ist, ergibt der Bericht des Zentral-Verbandes, den er seinen Mitgliedern in der »Photographen-Chronik« erstattete. Dort höhnt der Zentral-Verband über das Streben des Verbandes, durch einen Reichstarif den Gehilfen wenigstens annähernd das Existenzminimum zu sichern, folgendermaßen: »Zur Tagung in Breslau 1919 stellte der Senefelder-Bund den Antrag, da er 90-95 Prozent aller

deutschen Photographengehilfen verrete, mit ihm einen Reichstarif abzuschließen. Auf unsere Aufforderung, nachzuweisen, daß seine Angaben den Tatsachen entsprächen, blieb er, wie bei früheren Gelegenheiten, die Antwort schuldig.

Es wurde festgestellt, daß er vor dem Kriege nur sehr wenige Fachphotographen als Mitglieder hatte. Seine meisten Photographen waren in Kilometeranstalten und ähnlichen Unternehmen beschäftigt. Wie wenig diese Behauptung, 90-95 Prozent zu vertreten, den Tatsachen entspricht, beweisen seine eigenen Mitteilungen. Am 1. Oktober 1919 hatte er 1905 Photographenmitglieder. Im April 1920 hatte er 1888, im Juli 1920 1786 im Oktober 1920 1621 und am 31. Dezember 1920 1501 Mitglieder. Trotz der außerordentlichen Anstrengungen des Senefelder-Bundes ein ständiges Zurückgehen der Mitgliederzahl. Wieviel Photographen in großen Anstalten, die nicht als Porträphotographen anzusehen sind, sich unter den Mitgliedern befinden, ist nicht festzustellen. Auf alle Fälle beweisen die eigenen Zahlenangaben, daß der Senefelder Bund selbst zur Zeit der Hochkonjunktur nur einen Bruchteil der Porträphotographen vertritt.

So deutlich ist selten einer Arbeiterschaft von ihrem Unternehmertum aufs Brot gestrichen worden, daß alle ihre Forderungen solange erfüllt bleiben, solange sie sich nicht durch Zusammenschluß soviel Kraft und Macht zugelegt haben, ihre Forderungen einfach durchzudrücken. Die Unternehmer, die sehr wohl den Wert, die Macht und die Kraft der Organisation zu schätzen wissen, haben nicht umsonst mit voller Absicht auf den jetzt vollzogenen Zusammenschluß aller maßgebenden Vereine in der Photographie hingearbeitet. Sie wissen genau, daß sie nur fest in sich geschlossenen die Forderungen der Gehilfen abwehren und sich dadurch auf Kosten der Gehilfen nicht unwesentliche Vorteile sichern können. Nur die Tatsache, daß die Gehilfen und Gehilfinnen noch zu einem Teile der Organisation fernstehen, gibt den Ateliersbesitzern den Mut, über die berechtigten Forderungen der Berufsarbeiterschaft kurz hinwegzugehen und ihnen eine so schallende Ohrfeige zu versetzen. Soll das anders werden, wollen auch die Berufsarbeiter in der Photographie sich eine ihnen gebührende Achtung bei den Unternehmern verschaffen, dann können sie das nur durch restlosen Anschluß an die Organisation tun. Die Tagung des Zentral-Verbandes in Frankfurt a. M. sollte allen, die es angeht, eine deutliche Mahnung sein. Ohne Organisation werden die Löhne der Photographen immer niedrig sein!

Feuilleton.

Goethe und die bildende Kunst.

Von M. Schamberger.

«Niemand, wenn er auch noch so viel besitzt, kann ohne Sehnsucht bestehen; die wahre Sehnsucht aber muß gegen ein Unerreichtbares gerichtet sein, die meinige war es gegen die bildende Kunst.»

Goethe.

Wenn heute, in der Anarchie unserer Kultur und Kunst, das Chaos anfängt nach Formen, nach Zucht und festen Willen zu suchen, so ist für den kleinen Teil unseres Volkes, der sich überhaupt Gedanken über Kultur und Kunst macht, Goethes Lehre mehr als Leitfad, der aus den Irrgängen von Verwirrung und Zerrissenheit in gegenständ-

formende Klarheit führt. Nur ein Philister geht an der sozialen Entwicklung der Menschheit teilnahmslos vorüber, wer aber mit und für seine Zeit lebt, für den ist Goethe heute mehr als je eine geistige Macht, deren Gegensätzlichkeiten und Widersprüche ihn wohl zuweilen abstoßen können, die sich aber, je mehr er sich mit diesem Geist beschäftigt, als eine mit Wirklichkeit gefüllte formende Kraft offenbaren wird. Müde! doch die geistige Vielgestaltigkeit Goethes in die Idee einer allgemein gültigen reinen Menschlichkeit.

In welchem Verhältnis ein solcher Geist zur bildenden Kunst steht, dürfte nicht nur für eine Gewerkschaft, die viel mit Kunst zu schaffen hat, von großer Bedeutung sein, sondern ist zugleich von tiefgreifender Wichtigkeit für unser gesamtes Kulturleben. Sind doch nicht zuletzt die Irwege und der Verfall unserer künstlerischen Kultur dem Umstände zuzuschreiben, daß handwerkliches Können, Zeichnen und künstlerische Schöpferkraft seit mehreren Generationen im öffentlichen und amtlichen Leben, dem Wissen gegenüber, die Rolle des Aschenbrödelns spielen muß. Handwerks- und Zeichenunterricht galten in unseren Schulen als untergeordnete Fächer, indessen Gedächtniswissen, Sprachen usw. künstlich hochgezühlet und als amtlicher Intelligenz ausweis bewertet wurden. Und noch heute wird in Deutschland das Wissen maßlos überschätzt, technisches und künstlerisches Schaffen dagegen unterschätzt, wiewohl jedem Einsichtigen klar ist, daß Technik und Handwerk das Fundament, die Kunst der krönende Abschluß unserer Kultur ist. Erst neuerdings gewinnt die Erkenntnis an Umfang, daß auch die Handarbeit ihren Sitz im Gehirn hat und der Anschauungsunterricht die beste Form geistiger und ethischer Erziehung ist. Fürwahr: Der allgemeinen Bildung des einzelnen fehlt die Abrundung und Vollendung, wenn er nicht fähig ist die Kunst durch sich selbst zu erleben, d. h. nicht durch Theorie und Geschichte, sondern durch anschauliches Nachempfinden. Die langjährige einseitige Bevorzugung der wissenschaftlichen Erziehung, die Züchtung von intellektuellen Buchstabenmenschen auf Kosten der sinnlichen Anschauung und künstlerischen Erziehung hat es mit sich gebracht, daß unser Gemeinschaftsleben in allen seinen Formen einen Verfall des künstlerischen Lebens ausdrückt. Es ist damit soweit gekommen, daß im Volke die Photographie höher als die Zeichenkunst gilt und das Kino stärker als das Theater besucht wird, daß selbst künstlerische Handarbeit schlechter bezahlt wird als gewöhnliche Maschinenarbeit und Stückfassaden über gute Architekturalphimbiere, Hinzu kommt der Tanz ums goldene Kralb unserer Machthaber in Industrie und Handel, die in ihrer Mehrheit die schöpferischen Kräfte des Handwerks und der Kunst nur danach bewerten, wieviel sich dieselben maschinell technisch und schablonenhaft ausnutzen lassen. Damit geht aber das Beste verloren, denn nur im Gefühl des eigenen schöpferischen Könnens liegt die Freude an der Arbeit. Und weil dem so ist, weil man den edelsten Sinn des Menschen, das Auge, hat verkümmern lassen, weil man den pädagogischen Wert des Zeichnens unterschätzt und die künstlerische Entfaltung phantasiebegabter Kinder schon in Heim und Schule hemmt und zum Schaden der Allgemeinheit die schöpferische Handarbeit nur subaltern behandelte, werden heute viele Stimmen laut, die behaupten, die Zeiten der Kunst wären vorüber.

NOTENSTICH! **Erster Fachmann** **NOTENSTICH!**
als Abteilungsleiter für stichähnliches, erprobtes Notendruckverfahren gesucht. — Antritt nach Übereinkunft.
Verlangt: Organisatorisch und musikalisch veranlagte, mit allen technischen Fragen (auch Beschriftung) bestens vertraute Kraft, die in der Lage ist, Manuskripte zweckmäßig einzuteilen, Kalkulationen auszuarbeiten, Korrekturen verantwortl. vorzunehmen, die Arbeit zu verteilen und die Arbeitsqualität zu überwachen sowie zu heben und die willens ist, sich restlos in das neue Verfahren einzuarbeiten.
Erwünscht, jedoch nicht unbedingt erforderlich: Beteiligung mit etwas Kapital zwecks Hebung des Interesses.
Geboten: Selbständige, entwicklungsfähige Position mit Fixum und Beteiligung am Umsatz.
Gefl. ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften, Referenzen u. Gehaltsansprüchen erbeten an **ECKARDT, Berlin W 10, Margaretenstraße 13.**

Tüchtigen Reproduktions-Photographen
sowie **Kopisten**
per sofort gesucht. — Ferner **tüchtig**

Xylographen
der auch im Nachschneiden bewandert ist, sowie einige erstklassige
Maschinen-Retuscheure.
HAUPLER & WIEST, Stuttgart, Lindenpürstraße 39.

Erstklassiger, erfahrener Kopierer
für Strich und Auto, sucht per sofort in dauernde Stellung.
Sauer & Co., Graphische Kunstanstalt, Berlin SW 66, Alexandrinenstraße 26.
Wir suchen für sofort i. d. t. g. Suche für sofort:

Maschinen-Retuscheure **Strich- und Autoätzer**
sowie **Nachschnneider,** welche Retuscheure und graphischen Zeichner
drucken können. Angebote mit Gehaltsansprüchen und Eintrittstermin an
HODES & CO., G. m. b. H., COLEN a. Rh. LUDWIG KRIEGBAUM, NURNBERG.

Tüchtiger Flachdruck- Maschinemeister
tüchtiger Umdrucker
für Zink zum sofortigen Antritt gesucht. Angebote mit näheren Angaben und Einsendung von Zeugnisabschriften erbeten an
WEZEL & NAUMANN, A.-G., ZEITZ.

August Schuler, Stuttgart
s u c h t
Maschinenretuscheure, Autoätzer, Zink-ätzer, Offsetätzer, Offsetandruker, Reproduktionsphotographen, Kopierer und Nachschnneider.
Es wollen sich nur erste Kräfte, denen an einer dauernden Stellung gelegen ist, bewerben.

Tücht. Offsetdrucker
Steindruckmaschinenmeister
für ff. Merkantil und Chromo und
Umdrucker für Aluminium
gesucht.
Carl Weddigen, Druckereigesellschaft Barmen-R.

Mehrere erstklassige
Maschinen-Retuscheure
in dauernde, gutbezahlte Stellung gesucht. Angebote an **SAUTTER & ZEISSIG, Stuttgart-Ostheim.**

Wegen Betriebsvergrößerung suchen wir:
Positiv-Retuscheure, Photographen oder Kopierer für Auto u. Strich, Autoätzer, Farbätzer, Strichätzer, Fräser.
Angebote mit Gehaltsansprüchen an
Gebr. Hehner & Co., Rheydt.

Tüchtiger Offset-Maschinemeister
für Mailändermaschine sowie
Zinkumdrucker
gesucht. **RICHARD MÜLLER, Chemnitz.**

Tüchtiger Maschinenretuscheur
gesucht. **RICHARD MÜLLER, Chemnitz.**

Andruker für Farben
Ätzer für Schwarzautos
Positiv-Retuscheure
in dauernde Stellung unter günstigen Bedingungen gesucht. — Angebote bester Kräfte mit Antrittstermin und Forderungen erbitten
Dr. v. Löbbecke & Co., Erfurt.

Birnbaum-Reiber
und
weiß. Schneid-Leisten
empfiehlt
J. Habel, Elberfeld
Gesundheitsstraße 74.

Verbandsnachrichten
Achtung Rheydt!
Adressenänderung: Vorsitzender und Auskultierter **Willi Schmitz, Rheydt** (Bezirk Düsseldorf) Gladbacher Straße 9. — Chemigr. Marktstraße 20.